

39 Jahre nach Tschernobyl: Proteste gegen Atomkraft und Atommüll!

Am 29.04.2025 erinnern Proteste an Tschernobyls Katastrophe und fordern das Ende der Atomkraft in Deutschland.

Ahaus, Deutschland - Am Wochenende fanden in Deutschland zahlreiche Gedenkveranstaltungen und Protestaktionen anlässlich des 39. Jahrestags der Atomkatastrophe von Tschernobyl statt, die am 26. April 1986 ihren Ursprung hatte. An verschiedenen Orten, insbesondere vor Atomanlagen, wurde an die dauerhaften Folgen dieser tragischen Ereignisse erinnert. Laut Oekonews forderte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eine konsequente Fortsetzung des unvollständigen Atomausstiegs in Deutschland.

Der BBU appelliert an die Bundesregierung sowie die Landesregierungen, die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen) zu schließen und die Atomforschung für neue Reaktoren zu beenden. Besonders betont der Verband die Notwendigkeit, die globalen Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe nicht zu vergessen und sich für eine Zukunft auf Basis erneuerbarer Energien einzusetzen.

Proteste gegen Atommülltransporte

Im Rahmen der Gedenkveranstaltungen kam es zu symbolischen Blockaden. In Ahaus demonstrierten Aktivisten vor dem Atommüll-Lager gegen die drohende Einlagerung weiterer Castor-Atommüllbehälter. Auch in Jülich gab es eine Protestaktion gegen den geplanten Abtransport von Atommüll nach Ahaus. BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz nahm an diesen Aktionen teil und forderte ein schnelles Umdenken in der Atompolitik.

Ein Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage in Gronau fand zudem statt, bei dem die Teilnehmer an die Ereignisse von Tschernobyl erinnerten. Geplant sind weitere Aktionen, darunter ein Sonntagsspaziergang an der Urananreicherungsanlage am 4. Mai sowie ein dezentraler Aktionstag am 17. Mai in den Niederlanden, bei dem der BBU Solidarität bekunden wird.

Erinnerung an Tschernobyl

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gilt als der größte Unfall in einer Atomanlage. Am 26. April 1986 führte ein technischer Fehler in einem abgeschalteten Block 4 während eines planmäßigen Tests zu einer katastrophalen Explosion, die große Mengen radioaktiven Materials freisetzte. Die Schwedischen Messstationen registrierten am folgenden Morgen erhöhten radioaktiven Niederschlag, während die Moskauer Regierung eine Informationssperre verhängte, und die Bevölkerung zunächst nicht über die Gefahren informiert wurde, wie BPB erläutert.

Die Evakuierung der 30-Kilometer-Zone um das Kraftwerk begann erst eine Woche nach dem Unfall. Insgesamt mussten bis zu 350.000 Menschen die Region verlassen. Die langfristigen gesundheitlichen Folgen der Katastrophe sind nach wie vor umstritten. Während offizielle Berichte von der Internationalen Agentur für Krebsforschung darauf hindeuten, dass viele Krebserkrankungen in den folgenden Jahrzehnten auf die Strahlung zurückzuführen sein könnten, sehen Umweltschutzorganisationen die Zahlen als Verharmlosung an.

Angesichts der dramatischen Geschichte der Atomenergie und ihrer Konsequenzen bleibt die Forderung nach einer nachhaltigen und sicheren Energiepolitik aktuell. Der BBU kritisiert zudem die ungelöste Müllentsorgung und argumentiert,

dass ohne Beweise für sicheres Lagern weiterer Atommüll nicht produziert werden sollte, was die Relevanz der heutigen Proteste unterstreicht.

Details	
Ort	Ahaus, Deutschland
Quellen	www2.oekonews.at
	www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at